

Positionspapier des Vorstandes | 25. Juni 2020

Jugendliche sind systemrelevant! Jugendpolitik im Brennglas der Corona-Pandemie

Der Ausnahmezustand der letzten Monate hat junge Menschen besonders hart getroffen. Ihre Freiräume wurden massiv eingeschränkt. Binnen weniger Tage haben junge Menschen erlebt, wie ihnen erst Unvernunft vorgeworfen wurde und dann Hilflosigkeit sowie radikale Veränderungen in ihr Leben eindringen.

Das Labor 2020 hat geöffnet.

Die letzten Monate gleichen einem großen Experiment. Weltweit gestreamte Gottesdienste mit anschließendem Osterfeuer, #NETZSTREIKFÜRSKLIMA – die größte Onlinedemo aller Zeiten, bunte Stadtbildverschönerung mit politischen Botschaften zum 1. Mai, lokal organisierte Einkaufsdienste, Videotutorien zum Maskennähen und -tragen, digitale Gruppenstunden, Webinare, Juleica-Schulungen und Vorstandssitzungen oder der unermüdete Einsatz von Feuerwehr und helfenden Verbänden. Die Liste ist lang und das sind nur einige Beispiele für die Aktivitäten der Brandenburger Jugendverbände in Zeiten von Corona. Um weiterhin für ihre Jugendlichen da zu sein, haben Haupt- und Ehrenamtliche viel Energie in die Entwicklung von neuen Formaten der Jugendverbandsarbeit investiert und Neues dazu gelernt. Eine der Erfahrungen der letzten Wochen ist jedoch auch, dass Onlinetreffen reale Kontakte nicht ersetzen können. Das Herz der Jugendverbandsarbeit ist und bleibt das gemeinsame Erlebnis durch echtes Zusammensein.


Was es nun braucht!

Besonders für die Jugendbildungsstätten aber auch für einige Vereine und Verbände hat sich die Corona-Pandemie zu einer existenzbedrohenden Situation entwickelt. Diese Verbände und Einrichtungen müssen dringend unterstützt werden. Ihr Wegbrechen wäre ein schwerer Verlust für das Land Brandenburg.

Die letzten Wochen haben zudem erneut deutlich gemacht, dass gute ehrenamtliche Arbeit ein starkes Hauptamt im Hintergrund braucht. Jenen Verbänden mit stabilen hauptamtlichen Strukturen ist es wesentlich leichter gefallen, die vielen Herausforderungen der letzten Wochen zu bewältigen. Deshalb wiederholen wir an dieser Stelle unsere Forderung nach einer **Aufstockung des Landesjugendplans, sodass pro Jugendverband mindestens ein/eine hauptamtliche*r Jugendbildungsreferent*in** finanziert werden kann.

So wie Programme zur Stabilisierung der Wirtschaft aufgesetzt werden, braucht es auch **Programme zum Erhalt von Jugendkultur und außerschulischen Bildungslandschaften**. Zu erwartende wirtschaftliche, politische und soziale Folgen dürfen die Interessen junger Menschen nicht erdrücken. Auch Jugendliche sind systemrelevant! Die jugendpolitischen Ziele des Koalitionsvertrages müssen dringend aufrechterhalten werden!

Jugendverbände und kommunale Jugendringe sind erleichtert, dass sie ihre Arbeit nach und nach wieder aufnehmen können. Gleichwohl ist ihnen bewusst, dass dies nicht die Rückkehr zum Normalzustand bedeutet und es zu neuen Einschränkungen kommen kann. Im Krisenmodus der letzten Wochen wurden



weder Kinder und Jugendliche selbst, noch deren Interessenvertretungen an den tiefgreifenden Entscheidungen beteiligt. Sollte es notwendig sein, erneut Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vornehmen zu müssen, fordern wir, **dass junge Menschen bei sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden.** Womöglich können so auch Konzepte entwickelt werden, die nicht zwangsläufig dazu führen, dass junge Menschen erneut heftige Einschnitte in ihr *Recht auf Bildung*, ihr *Recht auf Spiel, Freizeit und Erholung* sowie ihr *Recht auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Gewalt* hinnehmen müssen.

Jugendpolitik weiterentwickeln!

Die letzten Monate wirken wie ein gesellschaftliches Brennglas und machen deutlich, wo es dringender jugendpolitischer Entwicklungen bedarf. Konkret fordern wir Verbesserungen in folgenden Bereichen:

Digitalisierung. Die letzten Wochen haben offenbart, dass die digitale Teilhabe enorme Lücken aufweist. Es fehlen eine digitale Infrastruktur, ausreichend freie und stabile Internetzugänge, freie Softwarelösungen für Kommunikation und Bildung sowie Medienkompetenzen bei Jugendlichen und Erwachsenen. Am stärksten verlieren auch hier Kinder und Jugendliche in prekären Lebensverhältnissen. Die digitale Transformation ist kein Selbstläufer. Sie muss auch nach der Krise dringend weiter vorangetrieben werden und sich stärker am Gemeinwohl orientieren.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die positiven Veränderungen im Bereich Umwelt und Klima, die mit dem Lockdown einhergehen, verdeutlichen welcher hohen Aufwände es bedarf, Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu erreichen. Im Sinne einer generationengerechten Zukunft muss der Pfad einer verbesserten Klima- und Umweltpolitik dringend wiederaufgenommen werden. Klimapolitische Ziele dürfen nicht durch wirtschaftspolitische Entscheidungen zurückgeworfen werden.

Gleiche Rechte für alle Kinder und Jugendlichen. Berichte aus Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete beschreiben, eine mangelhafte Hygienevorsorge und eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem sowie zu Bildung und Information, aufgrund fehlenden Zugangs zum Internet. Junge Menschen mit Fluchtgeschichte haben die gleichen Rechte wie alle anderen Kinder und Jugendlichen in Brandenburg. Es gilt eine Gleichheit der Lebensverhältnisse herzustellen!

Noch viel verheerender ist die Situation von Geflüchteten an den Europäischen Außengrenzen. Wir fordern, dass das Land Brandenburg die Aufnahme unbegleiteter junger Geflüchteter möglich macht und sich gegenüber dem Bundesinnenministerium dafür einsetzt, den unerträglichen Zustand an den europäischen Außengrenzen zu beenden.

Existenzielle Nöte. Die existenziellen Nöte jener Kinder und Jugendlichen, die in prekären Verhältnissen leben, hat sich in den letzten Monaten noch verschärft. Es braucht endlich wirksame politische Maßnahmen gegen Kinderarmut. Von konkreten Existenzängsten bedroht sind ebenfalls junge, Arbeitnehmer*innen, Auszubildende und Studierende. Armut trotz Ausbildung in der Krise muss verhindert werden.

Eines ist bereits heute klar - ein weiter so nach dem Ausnahmezustand kann es nicht geben. Wir fordern die Landesregierung sowie den Landtag Brandenburg auf, auch mit jungen Menschen in die Debatte darüber zu gehen, wie wir weiter miteinander leben, arbeiten und wirtschaften wollen. Nur so ist eine solidarische, nachhaltige und gerechte Gegenwart und Zukunft möglich!